



ESSAY

Vertagte Wahlen und innenpolitische Dauerkrise: Bolivien gleicht einem „Karneval der Verrückten“¹

Von Eika Auschner

eika.auschner@kfibs.org

Ausgabe

4/05

Kontakt **KFIBS**: Balthasar-Neumann-Platz 24G, D-50321 Brühl (Rheinland), E-Mail: info@kfibs.org, www.kfibs.org

¹ Diese ernüchternde Bilanz zog der am 6. Juni 2005 zurückgetretene Präsident Carlos Mesa. Vgl. F.A.Z. v. 08.03.2005, S. 3.

Die Befreier

Hier wächst der Baum
des Sturmwind, des Volkes Baum.
Seine Helden gehen aus der Erde hervor
wie aus dem Saft der Blätter.
Der Wind aber zerstiebt das Laub
der wogenden Menge,
bis dass des Brotes Saatkorn
Wieder fällt auf die Erde.
Und im Gezweig der Mensch, er sammelte
ein die gehärteten Blütenkronen,
reichte sie von Hand zu Hand,
wie Magnolien oder Granatapfelblüten,
und jählings sprengten sie das Erdreich
und wuchsen auf bis an die Sterne.

Aus: Pablo Neruda, Canto General

* * *

Nach wochenlangen Auseinandersetzungen um die Verteilung der 130 Sitze im bolivianischen Parlament wurden die für den 4. Dezember 2005 angesetzten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen „auf unbestimmte Zeit“ vertagt.² Der Stein des Anstoßes ist nicht etwa die quantitative Vertretung der verschiedenen Parteien, sondern vielmehr die Anzahl der Sitze der jeweiligen Departements.³

Durch Migrationsbewegungen innerhalb des Landes hätte die Sitzverteilung an die neue Situation angepasst werden müssen; da ein eindeutiges Gesetz für die Verteilung jedoch in der Verfassung fehlt, konnte bis zur „Deadline“ Ende Oktober keine, für alle Beteiligten gleichermaßen akzeptable Lösung gefunden werden. Eine Einigung der Abgeordneten, die für die Stabilität des Landes von großer Bedeutung gewesen wäre, blieb daher aus. Am Scheitern der Debatte um die Sitzverteilung wird die innenpolitische Krise deutlich, in der sich Bolivien seit geraumer Zeit befindet – und sie spiegelt die Schwäche der Übergangsregierung unter Eduardo Rodríguez wider.

Rodríguez ist der 83. Staatschef Boliviens seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1824. Seine Vorgänger blieben im Durchschnitt nur etwa zwei Jahre im Amt; häufig

² Vgl. <http://www.tagesschau.de> (29.10.2005).

³ Bolivien ist in neun Departements aufgeteilt: La Paz, Santa Cruz, Cochabamba, Potosí, Chuquisaca, Oruro, Tarija, Beni und Pando. Die Sitzvergabe orientiert sich an der jeweiligen Einwohnerzahl.

bestimmten Umstürze und Putsche das Ende einer Regierung.⁴ Gonzalo Sánchez de Losada, inzwischen in die USA emigriert, wurde nach 14-monatiger Amtszeit durch Proteste im September 2003 zu einem „fluchtartigen Rücktritt“⁵ gezwungen; sein Nachfolger Carlos Mesa trat nach nur 20 Monaten von seinem Amt zurück und reagierte so auf eine massive Welle von Demonstrationen und Straßenblockaden im Juni 2005. Rodríguez, der seit 2004 Präsident des Obersten Gerichtshofes in Bolivien ist und im Juni dieses Jahres zum vorübergehenden Staatschef des Landes ernannt wurde, konnte in der Streitfrage um die Sitzverteilung zwischen den Abgeordneten nicht vermitteln, betonte aber immer wieder, „wie wichtig die Wahlen für die Zukunft und Einheit des Landes sind“.⁶

Der „Krieg ums Gas“ als Hintergrund der Krise

Einen wichtigen Auslöser der anhaltenden Konfliktsituation im Andenland stellt zweifellos der Kampf um die Bodenressourcen dar. Bis in die zweite Hälfte der 1990er Jahre galt Bolivien als ein „Modellland demokratischer Modernisierung und Strukturanpassung“⁷ und noch im Jahr 2000 sah man Bolivien als Land einer „erstaunlichen Ausnahme“ in Bezug auf die politische Instabilität der Andenregion.⁸ Im gleichen Jahr setzte allerdings eine Protestwelle ein, die durch den „Krieg ums Wasser“ ausgelöst wurde. Die Wasserversorgung der Provinz Cochabamba war an ein internationales Unternehmenskonsortium verkauft worden und hatte erhebliche Preissteigerungen für die Bevölkerung zur Folge. Es kam zu Protesten gegen die Privatisierung des Wassers und schließlich zu Ausschreitungen, welche die Unternehmensgruppe letztendlich zum Rückzug zwangen. Die Situation beruhigte sich zunächst, verdeutlichte jedoch ein wesentliches Merkmal der bolivianischen Demokratie: erreichen Protestaktionen eine gewisse Größe und Bedeutung, entsteht aus dieser Bewegung eine Partei, die als neuer Akteur in das politische System des Landes integriert werden kann.

⁴ Vgl. SZ v. 11.06.2005, S. 4.

⁵ Vgl. Maihold, Günther/Husar, Jörg, 2005, S. 4.

⁶ Leonhard, Jürgen, Keine Wahlen am 4. Dezember!, Schlüssel Info Brasilien 14/2005.

⁷ Quiroga, Yesko, Referendum in Bolivien. Mehr Bürgerbeteiligung zur Stabilisierung einer prekären Demokratie, in: Brennpunkt Lateinamerika, Nr. 15 (2004), S. 162.

⁸ Vgl. Wolff, Jonas, Demokratisierung als Risiko der Demokratie? Die Krise der Politik in Bolivien und Ecuador und die Rolle der indigenen Bewegungen, HSFK-Report 6/2004, S. 4.

Ein großer Streitpunkt im Inneren des Landes resultiert aus der Nutzung der natürlichen Ressourcen Öl und Gas. Zwischen 1997 und 2003 führte ein neues Gesetz zu einem regelrechten Boom in der Öl- und Gasproduktion: Die Steuern für diese Branche wurden von 50% auf 18% gesenkt, was umfangreiche Investitionen in die Exploration dieser Bodenressourcen zur Folge hatte, da dieser Prozentsatz im regionalen Vergleich sehr niedrig ist. Bolivien avancierte – nach Venezuela – zum zweitgrößten Besitzer von Gasreserven auf dem südamerikanischen Kontinent⁹ und verfügt so über genügend Reserven für schätzungsweise die nächsten 650 Jahre. Da das Land eine solch immense Menge an Erdgas nicht verbrauchen können, zog man den Export in Nachbarländer in Erwägung.

Mit internationaler Unterstützung plante Bolivien den Bau einer Pipeline vom Osten des Landes bis zur brasilianischen Küste – und neben Brasilien importiert auch Argentinien das bolivianische Gas. Die sehr umfangreichen bolivianischen Reserven bedürfen allerdings noch weiterer Importeure, was zur Ausdehnung des Exports nach Nordamerika führte: Das Gas soll mittels einer Pipeline zu einem chilenischen Hafen befördert, von dort dann nach Mexiko verschifft werden und schließlich – ebenfalls via Pipeline – in Kalifornien eintreffen. Aufgrund der Tatsache, dass das Andenland durch die Niederlage im Salpeterkrieg (1879–1883) mit Chile den Zugang zum Meer verloren hat, kann das Land das Gas nicht direkt verschiffen. Die Wiedererlangung eines Hafens ist bis heute (gerade in diesem Kontext) von zentraler außenpolitischer Bedeutung – und aus der immer noch existierenden Abneigung gegen Chile ruft dessen Beteiligung am Gasexport im Landesinneren erbitterten Widerstand hervor. Eine Alternativstrecke über einen peruanischen Hafen wäre langwieriger und mit höheren Kosten verbunden.¹⁰

Im September 2003, zum Zeitpunkt des Abschlusses der Verhandlungen mit Chile, eskalierte die Situation: Die Bolivianer befürchteten, dass – nach Silber und Zinn – mit dem Erdgas die letzte Rohstoffquelle des Landes an multinationale Unternehmen verkauft werden könnte, und sie reagierten daraufhin mit neuen Protesten. Landesweite Ausschreitungen mit rund 60 Toten und vielen Verletzten führten schließlich zum Rücktritt des Präsidenten Sánchez de Losada. Seinem Nachfolger Carlos Mesa gelang es zunächst, die Gemüter zu beruhigen, indem er auf die Forderungen der Demonstranten

⁹ Maihold, Günther/Husar, Jörg, Demokratiekrisen in Lateinamerika. Bolivien und Venezuela als Testfälle für das demokratische Engagement der internationalen Gemeinschaft, SWP-Aktuell, 25.06.2005, S. 3.

¹⁰ Vgl. ebd., S. 3.

weit gehend einging. Sodann stimmte er der Abwicklung des Gasexports über Peru zu und ließ ein Referendum über die Gasproblematik durchführen. Auf diese Weise sollte die Regierungspolitik legitimiert und das politische System stabilisiert werden. Trotz anhaltender Proteste beteiligte sich die Mehrheit der bolivianischen Bevölkerung am Referendum und stimmte Mesas Politik weit gehend zu. Als dieser sich jedoch dieses Jahr weigerte, die Steuerabgaben für Öl und Gas wieder von 18% auf 50% anzuheben, folgten erneute Proteste und Demonstrationen.

Neben dem wirtschaftlichen Aspekt der Gasvorkommen spielt vor allem die politische Bedeutung der Reserven eine große Rolle, da die Frage nach deren Verwendung Dreh- und Angelpunkt der anhaltenden Krise ist. Die Bevölkerung befürchtet, dass die Einkünfte aus diesem Sektor nicht wesentlich zur Entwicklung des Landes beitragen werden, sondern primär dafür bestimmt sind, die Taschen weniger Entscheidungsträger zu füllen oder ins Ausland abzufließen.

Die indigenen Bewegungen

Vor allem die indigene Bevölkerung sieht sich als Opfer der drohenden Privatisierung der Rohstoffreserven. Von den ca. 8,8 Millionen Bolivianern sind etwa 60% indigenen Bevölkerungsgruppen zuzurechnen, meist Quetchua und Aymara, die häufig als *campesinos* (Kleinbauern) in ländlichen Regionen leben – viele von ihnen unterhalb der Armutsgrenze. In Bolivien lassen sich zwei verschiedene indigene Bewegungen unterscheiden: die des Hochlandes und die des Tieflandes. (Außerdem gilt es in diesem Zusammenhang noch auf die Bewegung der *cocaleros*, der Coca-Bauern, hinzuweisen.)

Seit 1990 wuchs die Bedeutung der Mobilisierung und Organisation der Indígenas immer mehr, was durch die neue Verfassung 1994 noch verstärkt wurde.¹¹ In diesem Zusammenhang gründeten sich Ende der 90er Jahre indigene Parteien: der MAS (*Movimiento al Socialismo*) unter der Führung von Evo Morales und der MIP (*Movimiento Indígena Pachakuti*) um Felipe Quispe. Während der MIP hauptsächlich die Interessen der Aymara des Hochlandes vertritt (besonders die der Provinzen La Paz, Oruro und Potosí),

¹¹ Bolivien wurde als „multiethnischer“ und „plurinationaler“ Staat anerkannt. Vgl. Wolff 2004, S. 25.

repräsentiert der MAS in erster Linie die Bewohner der Coca-Anbaugebiete.¹² Nach Vorstellungen der Aymara schulden sie ihre Existenz den Naturelementen, denen sie mit besonderen Opfern und religiösen Handlungen ihren Dank aussprechen. Gesetze über Wasser und Land, fossile Brennstoffe und natürliche Rohstoffe zerstören daher in ihren Augen ihr Weltbild und gefährden zugleich ihr Überleben. Vor allem der MIP (unter Quispe) fordert einen autonomen Aymara-Staat, der die „rassistische Unterdrückung“ beenden, die Weißen aus dem Land vertreiben und die Sicherung der natürlichen Ressourcen gewährleisten soll. Seit den Wahlen von 2002 sind beide Parteien im Parlament vertreten – und vor allem der MAS hat als Stütze der Regierung eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Da die indigenen Vorstellungen von Demokratie und Staat häufig eine sehr direkte und partizipatorische Komponente enthalten, lassen sie sich jedoch nicht immer konfliktfrei mit liberal-demokratischen Prinzipien verbinden.

Die Bewegung des Tieflandes gründete sich auf Grund von drohender Zurückdrängung der ansässigen ethnischen Gruppen durch exportorientierte Agrarunternehmen, die in den Augen der indigenen Bevölkerung ihre Existenz gefährden. Diese fordert den Schutz des Staates ein und setzt – im Gegensatz zu der Bewegung des Hochlandes – auf Kooperation statt Konfrontation. Allerdings haben sich die genannten Gruppierungen in letzter Zeit zunehmend radikalisiert.

Die *Cocaleros*-Bewegung ist die Bewegung der Coca-Produzenten in der Tropenregion Chapare, wo die Existenz der Bauern durch eine Kampagne zur Zerstörung der Pflanzungen bedroht ist. Sie vereinigt verschiedene kulturelle und traditionelle Lebensformen und stellt nicht eine rein indigene Bewegung dar. Der Großteil der Coca wird zum traditionellen Coca-Kauen oder als Tee verwendet; nur ein Bruchteil wird zu Kokain verarbeitet. Viele Landarbeiter, arbeitslose Minenarbeiter oder Kleinbauern suchen in der Coca-Produktion eine neue Lebensgrundlage, die ihnen lukrativer erscheint als der Anbau alternativer Produkte. Ihre Existenz ist durch den *War of Drugs* gefährdet, der von den USA gegen den Drogenanbau in Bolivien geführt wird und unter dessen Namen viele Coca-Felder vernichtet wurden. Aus dem Kampf gegen diese gewaltsame Zerstörung ihrer Existenzgrundlage entstand der MAS unter Evo Morales; viele der

¹² Durch den *War on Drugs*, den die USA seit 1994 führen, wurden nicht nur Coca-Felder vernichtet, sondern auch Felder zerstört, auf denen Grundnahrungsmittel angebaut werden. Vielen Bauern wurde so ihre Lebensgrundlage genommen.

cocaleros haben sich dem MAS angeschlossen – und in den meisten Gemeinden in Chapare ist sie die stärkste Partei.

Ein weiterer zentraler Akteur sind die Gewerkschaften und Nachbarschaftskomitees (vor allem in El Alto), die durch Streiks, Straßenblockaden und Demonstrationen die Verabschiedung von Gesetzen verhindern und so das öffentliche Leben beeinflussen können. In den nationalen Konflikten wurden die eigentlich sozialen Bewegungen stark politisiert; diese kämpfen meist auf der Seite der *cocaleros* und den Indígenas des Hochlandes.

Bolivien – ein gespaltenes Land?

Nicht nur die Uneinigkeit der indigenen Bewegungen verdeutlicht die innere Zerrissenheit des Landes; vielmehr ist der *colonialismo interno* die primäre Quelle der „Polarisierung“¹³, der die indigene Bevölkerung des Hochlandes vom reichen, weißen Bolivien im Osten trennt (insbesondere die Provinzen Santa Cruz und Tarija), wo sich fast die gesamten Rohstoffreserven des Landes befinden. Die ethnische Konfliktlinie zwischen dem Hoch- und dem Tiefland sowie die Autonomiebestrebungen des Letzteren könnten zu einer Spaltung des Landes führen. Während die Bewegungen des Hochlandes, vertreten durch den MAS, für die Abschaffung des Neoliberalismus und die Verstaatlichung der Naturvorkommen (fossile Brennstoffe, Bodenschätze, Waldbestände) sind, glaubt die Unternehmerelite das Problem des Landes am zentralstaatlichen System und dessen Abhängigkeit von den linksgerichteten Parteien festmachen zu können.

Seit seinem Amtsantritt versuchte Carlos Mesa zwischen den unterschiedlichen Lagern zu vermitteln, war aber dem Druck der verschiedenen Bewegungen (sprich: dem der internationalen Geldgeber sowie den Abspaltungsdrohungen der reicheren Provinzen) nicht gewachsen. Auch seinem Nachfolger Rodríguez steht eine kaum zu bewältigende Aufgabe bevor: Der Forderung der Provinzen im Süden und Osten nach mehr Autonomie steht die Forderung des Hochlandes gegenüber, stärker in die politischen Entscheidungsprozesse mit eingebunden zu werden. Durch eine verfassunggebende Versammlung soll ein dauerhaftes Instrument geschaffen werden, das die Situation im Land stabilisiert und die Regierung legitimiert. Ob eine solche Versammlung jedoch als

¹³ Vgl. hierzu: Interview („Bolivien ist polarisiert“) mit dem Parlamentarier Iván Morales von der Linkspartei MAS, in: Neues Deutschland v. 16.11.2005.

die Lösung der Probleme Boliviens schlechthin angesehen werden kann, ist zu bezweifeln, da die Interessen der einzelnen Gruppen stark divergieren und der Staat über keine Konfliktlösungskompetenz verfügt. Die Erfahrung der indigenen Bewegungen, Präsidenten einfach „wegdemonstrieren“ zu können, haben deren Selbstbewusstsein gestärkt und ihr Auftreten radikalisiert.¹⁴

Evo Morales, dem in den ausstehenden Wahlen gute Chancen auf das Präsidentenamt attestiert werden, und der von Hugo Chávez sowie Fidel Castro unterstützt wird, dürfte die Verhärtung der Fronten in Bolivien nicht aufweichen können und wird so eine Spaltung des Landes, ob nun gewollt oder nicht, womöglich begünstigen. Auch international sieht man einem Präsidenten Evo Morales mit eher gemischten Gefühlen entgegen: Einerseits wird ein „Bündnis“ mit Castro und Chávez befürchtet, und man kann nicht vorhersagen, welche Auswirkungen seine Wahl auf andere Länder der Region hätte, vor allem in Bezug auf Ecuador und Peru, in denen die Demokratie ebenfalls auf eine harte Probe gestellt wird.

Die jüngste Erfahrung Boliviens hat jedoch gezeigt, dass die Fronten noch zu verhärtet sind, um einen zufrieden stellenden Kompromiss zu finden – an dieser Aufgabe ist u. a. der auf Ausgleich bedachte Carlos Mesa zuvor gescheitert. Und es ist ferner deutlich geworden, dass in Bolivien eines künftig nicht mehr möglich sein wird: ein Präsident, der ohne den Rückhalt und die Unterstützung der indigenen Bevölkerung regieren will.

Ob, wann und wie die Wahlen stattfinden werden, ist somit nicht nur für Bolivien von großer Bedeutung. Wer der neue Präsident des Landes sein wird, und ob dieser dann auch einen geeigneten Weg aus der Krise findet, bleibt eine offene Frage.

(Hinweis: Dieser Essay von Eika Auschner berücksichtigt Ereignisse und Entwicklungen in Bolivien bis zum 12. Dezember 2005 einschließlich.)

¹⁴ Vgl. Marmon, Tangmar, Bolivien – auf dem Weg in die Unregierbarkeit? Der dritte Präsident in drei Jahren, in: Brennpunkt Lateinamerika, Nr. 12, 2005.